



Der gelbe Ballon machte den SoVD-Stand auf der RehaCare 2010 bereits von Weitem gut erkennbar – entsprechend groß war der Andrang.

SoVD auf Reha Care 2010 präsent

Neuer Rekord: über 50 000 Messebesucher

Der demografische Wandel beflügelt den Reha- und Pflegemarkt. Rund 52 500 Experten und Betroffene besuchten die RehaCare in Düsseldorf.

„Die demografische Entwicklung treibt den Markt rund um Rehabilitation und Pflege an. Sie fördert zugleich das Interesse an altersgerechten Produkten. Die RehaCare 2010 konnte davon in vollem Umfang profitieren“, fasste Joachim Schäfer, Geschäftsführer der Messe Düsseldorf, zusammen. Der SoVD wurde auf der weltweit größten Fachmesse für Menschen mit Behinderung und Pflegebedarf durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen repräsentiert. Am SoVD-Stand war auch das verbandseigene Berufsbildungswerk (BBW) Bremen vertreten. Junge Azubis des BBW zeigten ihr Können und bereiteten für die Messebesucher köstliche, alkoholfreie Cocktails zu. Diese Erfrischung wurde von vielen sehr gerne angenommen und trug zur positiven Atmosphäre am SoVD-Stand bei.

Landesverband Niedersachsen und AWO initiieren Aktion gegen Sparpaket

Fair teilen statt sozial spalten

Auch in Niedersachsen wird der Widerstand gegen das Kürzungspaket der Bundesregierung immer stärker. Unter Führung des SoVD-Landesverbandes Niedersachsen e. V. und des AWO-Bezirksverbandes Hannover hat sich kürzlich die Aktion „Zukunft statt Sparpaket“ formiert. Sie ruft im Internet zur Solidarität gegen die Kahlschlagpolitik der Bundesregierung auf.

„Zu Beginn, Mitte Oktober, waren es schon 100 namhafte Personen des öffentlichen Lebens, die ihre klare Ablehnung formuliert haben“, sagt SoVD-Landesgeschäftsführer Dirk Swinke. „Der Aktion geht es darum, den gesellschaftlichen Protest zu bündeln und anderen Widerstand zu unterstützen. Außerdem wollen wir die Ablehnung des sogenannten Sparpakets direkt zu den politisch Verantwortlichen tragen“, ergänzt ihn Christian Hoffmann, der beim SoVD-Landesverband Niedersachsen e. V. die Abteilung Presse und Kommunikation leitet und seitens des SoVD an der Aktion mitarbeitet. Die Verantwortlichen hoffen nun auf den Zuspruch vieler Menschen auf der Internetseite www.zukunft-statt-sparpaket.de.



Dirk Swinke

Inhaltlich bringt die Aktion unter dem Motto „Fair teilen statt sozial spalten“ in ihrem Aufruf Folgendes zum Ausdruck: Die Bundesregierung hat ein gewaltiges Sparpaket in Höhe von 80 Milliarden Euro für Deutschland beschlossen, das zur notwendigen Konsolidierung des Haushaltes führen soll. Tatsächlich wird aber gekürzt und nicht gespart. Das Ergebnis ist ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das konkrete Einschnitte vor allem für die

Schwächsten in der Gesellschaft vorsieht:

- Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen,
- prekär Beschäftigte,
- Familien und
- Erwerbslose.

Hinzu kommen Stellenstreichungen und Gehaltskürzungen im öffentlichen Bereich. Die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Hand wird weiter geschwächt, Dienstleistungen für die Bürger drohen gestrichen oder privatisiert zu werden.

Reiche Erben, Vermögende und Großverdiener werden durch das Kürzungspaket hingegen gar nicht an der Sanierung der Staatsfinanzen beteiligt. Weder eine Reform der Erbschaftssteuer noch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder die Einführung einer Vermögenssteuer sind Optionen für die Bundesregierung. Auch der unsägliche verminderte Mehrwertsteuersatz für Hotellerie ist nicht zurückgenommen worden. Die Beteiligung von Banken und Unternehmen an der Krisenbewältigung und Verbesserung der Gesamtsituation besteht aus Absichtserklärungen.

Ihrem eigentlichen politischen Auftrag, den Haushalt zu sanieren und die wirtschaftliche Entwick-

Neues Programm für Haus am Kurpark erschienen

Im schönen Sauerland entspannen

Auch 2011 warten im Haus am Kurpark in Brilon wieder besonders attraktive Angebote für Erholungssuchende. Verschiedene Aktionswochen bieten Urlaubern Genuss und Entspannung.

Loslassen, entspannen und sich verwöhnen lassen: Das können Mitglieder und Nichtmitglieder im verbandseigenen, komfortablen Haus am Kurpark in Brilon. Das Haus bietet auch 2011 für seine Gäste wieder besondere Aktionswochen mit Wanderungen, Unterhaltungsabenden, Entspannungsprogrammen und vielem anderem mehr an. Dabei kommt auch der

Gaumen nicht zu kurz. Selbstverständlich können im Haus am Kurpark sowohl individuelle Reisen als auch Gruppenaufenthalte gebucht werden.

Das Haus liegt am wunderschönen, ruhigen Kurpark. Es verfügt über ein eigenes Thermalbad, eine Bäderabteilung mit Sauna, Gymnastikraum und Bibliothek. Selbstverständlich ist das Haus auch für

Menschen mit Handicap geeignet.

Das Programm 2011 ist kostenlos erhältlich unter: Haus am Kurpark, Hellehohlweg 40, 59929 Brilon, Tel.: 02961/983-0, Fax: 02961/983-163, E-Mail: info@haus-am-kurpark-brilon.de. Weitere Informationen zu laufenden Aktionen und einen Programmüberblick finden Sie auch im Internet auf www.haus-am-kurpark-brilon.de.

Landesverband Schleswig-Holstein engagiert sich für Forderung des Blindenvereins

„Hände weg vom Blindengeld!“

Der SoVD Schleswig-Holstein unterstützt die vom Blinden- und Sehbehindertenverein Schleswig-Holstein geführte Kampagne „Hände weg vom Blindengeld!“. Unter anderem wurden in den 15 Kreisgeschäftsstellen Unterschriftenlisten des Blinden- und Sehbehindertenvereins ausgelegt.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung plant eine Halbierung des Blindengeldes von 400 auf 200 Euro. Vor dem Hintergrund der dramatischen Haushaltslage sieht auch der SoVD Schleswig-Holstein die Notwendigkeit zum Sparen. Dass eine Hauptlast der Einsparungen allerdings von denen getragen werden soll, die aufgrund ihrer schweren Behinderung zu den Benachteiligten unserer Gesellschaft gehören, kann nicht akzeptiert werden. In einem offenen Brief wandte sich der SoVD-Landesvorstand an den Ministerpräsidenten und die Mitglieder der Lan-

desregierung. Darin wird nicht nur die Kürzung des Blindengeldes angeprangert, sondern es werden auch detaillierte Vorschläge gemacht, wie der Haushalt ohne diese gravierenden Einschnitte für blinde Menschen entlastet werden könnte.

Ebenso kritisch mit der Kürzung des Blindengeldes auseinandergesetzt hat sich das blinde SoVD-Mitglied Wilhelm Bielfeld aus Kiel. Er schrieb an den Ministerpräsidenten unter anderem: „Ich bin ein vollblinder Mitbürger, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und erhalte mein Sehen durch die Nächsten-



liebe von Mitbürgern, die Personen meines Vertrauens sind. Ich möchte kein hilfsbedürftiger Bittsteller werden, sondern den Aufwand ausgleichen, der meinen Helfern entsteht. Eine Frage an Sie: Bezahlen Sie Ihre Sicherheitsbeamten aus eigener Tasche? Ich möchte es für mich aus meinem Nachteilsausgleich tun!“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Zukunft statt Sparpaket

80 Milliarden Euro will die Bundesregierung mit dem „Sparpaket“ kürzen. Gespart wird nicht, sondern nur gestrichen. Auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft soll der Haushalt konsolidiert werden.

Das ist ungerecht. Wir wollen fair teilen statt sozial spalten!

Der Banner der Aktion „Zukunft statt Sparpaket“ bringt das Anliegen der Initiatoren auf den Punkt. Es kann im Internet auf www.zukunft-statt-sparpaket.de kostenlos heruntergeladen werden.

lung nachhaltig zu stärken, wird die Bundesregierung mit diesem Kürzungspaket nicht gerecht. Mit staatlichen Finanzhilfen in dreistelliger Milliardenhöhe wurden Banken gerettet, der Finanzkreislauf in Gang gehalten und somit die Vernichtung von Vermögen und Unternehmen verhindert. Ohne staatliche Hilfen hätten Aktionäre und Vermögende ihre Guthaben verloren. Viele Beschäftigte haben dagegen für die Krise mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlt oder erhebliche Einkommenseinbußen durch Kurzarbeit hinnehmen müssen.

Die ALG-II-Empfänger werden durch die schwarz-gelbe Streichliste noch stärker in die Armut getrieben, anstatt dass ihnen mit einer sozial gerechten Arbeitsmarktpolitik der Weg zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geebnet würde. Von den Kürzungen im arbeitsmarktpolitischen Maßnahmenkatalog werden schwerbehinderte

Menschen in Reha- und Umschulungsprogrammen hart getroffen, ebenso Jugendliche mit geringen Arbeitsmarktchancen.

Belastung der Kommunen

Niedersachsen und seine Kommunen haben durch die verfehlte Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte und verschärft durch die anhaltende Wirtschaftskrise Einnahmeausfälle zu verkraften, die die Handlungs- und Investitionsfähigkeit infrage stellen. Durch das Kürzungspaket werden weitere Kosten auf die Kommunen verlagert. Die kommunale Selbstverwaltung wird durch das zusätzliche Abwälzen von Verantwortung auf die Kommunen massiv gefährdet. Es droht der soziale und kulturelle Raubbau in unseren Gemeinden und Städten. Mit ihrer unsozialen und ungerechten Rotstiftpolitik verkehrt die Bundesregierung das Verursacherprinzip in ihr Gegenteil: Die Sanie-

rung der Staatsfinanzen soll nach schwarz-gelber Lesart über einseitige Kürzungen bei Leistungen für Menschen erfolgen, die nicht zu den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise gehören, während die Profiteure unregulierter Finanzmärkte – und damit die Urheber der desolaten Haushaltslage – keinen Beitrag leisten sollen.



Sind auch Sie der Meinung, es sollte nicht auf dem Rücken der Schwächsten gespart werden? Dann beteiligen Sie sich an der Aktion „Zukunft statt Sparpaket“. Besuchen Sie dazu die Internetseite www.zukunft-statt-sparpaket.de und tragen Sie sich in die Liste ein. Voraussetzung dafür ist, dass Sie eine gültige E-Mail-Adresse angeben können. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!